

Themen Asyl und Verkehr im Samerberger Gemeinderat

Bericht aus der Gemeinderats-Sitzung vom 30. Juni

Über die aktuelle Situation der Asylbewerber in der Gemeinde Samerberg informierte Bürgermeister Georg Huber in der jüngsten Gemeinderats-Sitzung. „Dank der engagierten ehrenamtlichen Helfer konnte den Flüchtlingen ein guter Start ermöglicht werden“, so der Bürgermeister, auch wenn es natürlich immer wieder komplizierte Fragestellungen und behördliche Stolpersteine gebe. Derzeit befänden sich 34 Asylsuchende auf dem Samerberg, die auf insgesamt fünf Privatwohnungen verteilt seien. Über weitere Zugänge sei derzeit nicht bekannt, so Huber. Er sah weniger die Unterbringung als problematisch an, als vielmehr die anschließende nachhaltige Begleitung und Betreuung. Elisabeth Lesser und Bettina Lang vom Helferkreis wünschten sich mehr Samerberger, die Fahrdienste oder dergleichen anbieten können. Auch beim Deutschunterricht werden noch Helfer gebraucht. Weiterhin sollen auch Kontakte zu Sport- und Vereinsgruppen gesucht werden.

Außerdem befasste sich der Gemeinderat mit den ersten Ergebnissen des Arbeitskreises Verkehr. Dieser neu installierte Verkehrsausschuss, bestehend aus etlichen Gemeinderäten, betroffenen Anliegern, Gastwirten, Kommunalen Verkehrsüberwachern und Behörden, hatte in seiner ersten Zusammenkunft eine umfassende Bestandsaufnahme und erste Lösungsvorschläge gemacht.

Bevor Tempo 30 Reduzierungen und Geschwindigkeitskontrollen bei gewissen Straßenabschnitten (Törwang, Grainbach) beschlossen werden, sollen noch Geschwindigkeitsmessungen erfolgen, um eine bessere Entscheidungsgrundlage zu bekommen.

Für die Ortseinfahrten sollen sogenannte „Elektronische Zeigefinger“ errichtet werden, die den Verkehrsteilnehmern die aktuelle Geschwindigkeit anzeigen.

Die Gehwege durch Törwang und Grainbach sollen exakt gekennzeichnet werden, um dort ein Parken zu verhindern. Derzeit werden die „Mehrzweckstreifen“ oft als Parkstreifen missbraucht, was zu weiteren Gefahren beispielsweise für Schulkinder und zu Belastungen der Anwohner führt. Die Öffentlichkeit soll über die Maßnahmen informiert und bei den Entscheidungen weiterhin eingebunden werden.